

## Nicht nur Schulden ausgebremst

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 fehlen der Bundesregierung Milliarden von Euro, die in den Klimaschutz hätten fließen sollen. Das hat Auswirkungen nicht nur auf die Klimaschutzprojekte, sondern auch auf das Vertrauen besonders der jungen Generation in die Regierung.

### Was genau ist passiert?

In Deutschland gibt es die Schuldenbremse, die vorschreibt, dass der Staat nur Geld ausgeben darf, dass er auch eingenommen hat – also keine Kredite aufnehmen darf. In Ausnahmesituationen kann diese außer Kraft gesetzt werden. Während der Corona-Krise wurden daher Kredite aufgenommen, die dann aber doch nicht zur Bekämpfung der Pandemie gebraucht wurden. Das „übrige“ Geld plante die Ampel-Koalition in den Klima- und Transformationsfond (KTF) zu investieren, worauf die Union mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht reagierte. Dieses urteilte am 15. November, dass eine Umwidmung des Geldes eine Umgehung der Schuldenbremse und damit verfassungswidrig ist. Die Regierung darf zuvor fest eingeplante 60 Milliarden Euro nun nicht mehr nutzen und das hat harte Kürzungen besonders beim Klimaschutz zur Folge.

### Was sind die Auswirkungen für den KTF?

Der neue Plan, wie viel Geld jetzt in den KTF gesteckt werden soll, wurde am 21. Dezember in Form einer Übersicht<sup>1)</sup> herausgegeben. 12 Milliarden Euro wurden gestrichen, damit bleiben jetzt noch 49 Milliarden Euro für den KTF übrig. Einige geplante Projekte wie die Förderung von Wasserstoffnutzung oder Maßnahmen der Energiewende in den Bereichen Erneuerbare Energien, Strom, Digitalisierung und Energieinfrastruktur bleiben erhalten. Andere bekommen teils deutlich weniger Geld, z. B. Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz, die Wälder, Moore, Flussauen oder etwa Stadtgrün stärken und schützen sollten. Alle nicht in der Übersicht enthaltenen Projekte fallen ganz weg.



Foto: Bradley Hook via Pixels

### Reaktionen

Dass nun schon wieder beim Klimaschutz gespart wird, scheint besonders enttäuschend, da klimaschädliche Subventionen wie steuerliche Begünstigungen von Dienstwägen oder die Bezuschussung von Diesel kaum oder gar nicht gekürzt werden. Greenpeace spricht von Stillstand statt dem versprochenen Fortschritt und fordert auf, zu verhindern, „dass die Zukunft des Landes und vor allem junger Generationen kaputtgespart wird“<sup>2)</sup>. Der NABU sieht die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Landes unzureichend beantwortet und das Vertrauen in die Bundesregierung schwinden<sup>3)</sup>. Wer sich über das Urteil des Verfassungsgerichts freut, ist die Union – nicht ohne eine gewisse Häme. Dort wird gesprochen von einem „ultimativen Warnruf“, einem „krachenden Scheitern der Taschenspielertricks“, dem Ende der Koalition, die nun keine Legitimierung mehr habe zu regieren, oder auch der historischen Dimension des Urteils über einen gänzlich verfassungswidrigen Haushalt. Geradezu schadenfreudig scheint die Union dabei zu vergessen, dass es bei dieser Entscheidung nicht nur um ein kleines Kräfteressen ging, sondern um die Zukunft eines Landes.

Gerade nach dem Klima-Urteil von 2021, in dem das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die Klimaziele von 2019 nicht ausreichend waren – ein Urteil, das Hoffnung machte auf eine Priorisierung des Klimaschutzes – ist das Urteil vom 15. November 2023 ein harter Schlag. Dazu läuft es auch an anderen Ecken noch immer falsch. Während sich die Union über ihren Erfolg freut, hat sich die Ampel entschieden, das fehlende Geld nun doch wieder beim Klimaschutz einzusparen. Wie soll das Vertrauen in die Regierung bleiben, wenn dort an unserer Zukunft gespart wird?

### Fußnoten

- 1) [bundesregierung.de/resource/blob/992814/2250742/579dcb0d33a-32ed38bc19cf9c28deefa/2023-12-22-anhang-ktf-data.pdf?download=1](https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2250742/579dcb0d33a-32ed38bc19cf9c28deefa/2023-12-22-anhang-ktf-data.pdf?download=1)
- 2) [greenpeace.de/klimaschutz/finanzwende/nachtragshaushalt-verfassungswidrig-klimaschutz](https://www.greenpeace.de/klimaschutz/finanzwende/nachtragshaushalt-verfassungswidrig-klimaschutz)
- 3) [nabu.de/news/2023/11/34186.html](https://www.nabu.de/news/2023/11/34186.html)

Liebe Leserinnen und Leser,

**Eure Hilfe ist gefragt!** Um eine abwechslungsreiche Seite gestalten zu können, sind mir auch **Eure Beiträge** willkommen. Wenn ihr Kommentare, Fragen und Anregungen habt, dann **schickt sie mir** doch einfach mit dem Betreff „Sonnenenergie“ an [jungeseite@dgs.de](mailto:jungeseite@dgs.de)